



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Provenienzforschung stärken – Rahmenbedingungen für Forschung verbessern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- I. sich auf bundespolitischer Ebene für eine umfassende Erschließung und Digitalisierung forschungsrelevanter Archivalien und Quellen und für die Einrichtung einer zentralen öffentlichen Stelle einzusetzen, die die Ergebnisse von Provenienzforschung erfasst und dokumentiert.

Dazu sollen

- für die Provenienzforschung wichtige Quellenbestände, insbesondere die des Bestands B 323 im Bundesarchiv Koblenz, erschlossen und digitalisiert werden;
- die Such- und Zugriffsmöglichkeiten auf nach 1945 erstellte Unterlagen, vor allem auf Wiedergutmachungs- und Entschädigungsakten, verbessert werden;
- staatliche, kommunale und private Archive und Sammlungen verpflichtet werden, Unterlagen, die im Zusammenhang mit Raubkunst, kriegsbedingt verlagerten Kulturgütern und NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut stehen, zu melden;
- die Arbeitsstelle für Provenienzforschung die Ergebnisse von Forschungsprojekten der Museen und Sammlungen und die Ergebnisse der regulären Bestandsbearbeitung im Sinn der Washingtoner Erklärung transparent und für Interessierte zugänglich dokumentieren, die Daten auswerten und aufbereiten und Ansprechpartner für Fragen sein;
- Kriterien für die Qualitätsmessung von Projekten im Bereich der Provenienzforschung erarbeitet und festgelegt werden;
- Ergebnisse der Forschungsprojekte unabhängig evaluiert werden.

- II. ein bayerisches Provenienzforschungsnetzwerk anzuregen und zu unterstützen.

Dazu soll sie z.B. über die sogenannte Taskforce u.a. alle mit Provenienzforschung befasste Mitarbeitende in Museen, Sammlungen, Forschungseinrichtungen und den zuständigen Archiven zu einem Kick-off-Meeting einladen. Ziel des Arbeitstreffens soll sein, erforderliche Maßnahmen zu diskutieren und bereits laufende Initiativen zu koordinieren.

### **Begründung:**

Mit dem „Fall Gurlitt“ ist die Provenienzforschung in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Es besteht weitgehend Einigkeit, dass sie jahrzehntelang sträflich vernachlässigt wurde. Seither hat ein Umdenken eingesetzt: Bund und Bundesländer, darunter auch der Freistaat, haben in diesem Jahr ihre Mittel erhöht. Dennoch führt die Provenienzforschung noch immer ein Schattendasein: Die Bestände vieler kommunaler und privater Museen und Sammlungen sind bisher nicht nach NS-Raubkunst untersucht worden, ganz zu schweigen vom privaten Kunsthandel. Und auch in großen Häusern besteht nur über einen Bruchteil der Sammlungen Klarheit. So sind z.B. aus den staatlichen Sammlungen und Museen in München bisher erst 23 Kunstwerke restituiert worden. Es gibt an den Museen und Forschungseinrichtungen nach wie vor zu wenig Fachstellen.

Als erschwerend für die Forschung kommen die ungenügenden Rahmenbedingungen hinzu. Weil viele wichtige Unterlagen in den Archiven nicht digitalisiert sind, sind die Forscher gezwungen, vor Ort zu recherchieren, was für sie mit hohen Kosten und viel vertaner Zeit verbunden ist. Außerdem sind viele Quellenbestände noch nicht erschlossen, was die Recherchearbeit zusätzlich aufwändig macht.

Hinderlich für koordinierte und dadurch effizientere Forschungsbemühungen ist auch, dass viele Forschungsprojekte dezentral angelegt sind. Allein durch die föderale Struktur und wegen des fehlenden Pflichtmelderegisters ist es selbst für die Beteiligten schwer, den Überblick über den aktuellen Stand der Recherchearbeiten zu behalten. Noch schwerer ist es für die Erben und Anwälte jüdischer Kunstsammler herauszufinden, in welcher Sammlung sich ihre Erbstücke befinden.

Es ist deshalb dringend geboten, die Provenienzforschungsarbeiten mehr als bisher zu koordinieren und institutionell zusammenzuführen und die Ergebnisse öffentlich zu machen.

Der Freistaat sollte auf eine bessere Vernetzung drängen, denn die dafür nötigen Mittel sind überschaubar und sollten deshalb im Sinn einer erfolgreichen Forschung besser genutzt werden.